

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRUH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Mittwoch, 25. September 1935

Nr. 224

Morgen Entscheidung in Genf

Letzter Kompromißversuch / Wenig Hoffnung / Regenzeit in Abessinien vorbei

Genf. Der Fünferausschuss beendete Dienstag den Bericht, den er dem Völkerbund unterbreiten soll. Der Völkerbundrat hat sich bis Donnerstag vertagt. Der Ausschuss konnte auf gewisse Ereignisse der letzten Tage keine Rücksicht nehmen und in seinem Bericht im ganzen nichts ändern.

Die ganze Verantwortung für das weitere Vorgehen bei der Regelung des italienisch-äthiopischen Konflikts fällt somit auf den Völkerbundrat, der entscheiden muß, ob das Mandat des Fünferausschusses mit einer neuen Verhandlungsbasis erneuert werden soll, oder ob bereits zur Anwendung der Artikel des Völkerbundespaktes geschritten werden müßte. Heute werden noch die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens zusammentreten, um den letzten Versuch eines gemeinsamen Kompromisses zu machen. Die Hoffnung auf die Erzielung eines solchen Kompromisses ist jedoch schon sehr schwach.

Ministerrat in Rom:

„Italien kann nicht anders“

Rom. Der diensttägige italienische Ministerrat, von dem man wichtige Entscheidungen erwartet hatte, hat sich am Samstag vertagt. Mussolini erstattete einen kurzen Bericht über die Entwicklung der politischen Lage von Samstag bis heute, wobei er feststellte, daß Italien in Genf keine Gegenvorschlüsse unterbreiten hat. Alles, was seit Samstag vor sich gegangen sei, sei ein Beweis dafür, daß die Haltung der italienischen Regierung nicht anders sein konnte.

... und in London:

Für den Fall des Krieges in Europa

London. Das englische Kabinett trat Dienstag vormittags um elf Uhr zum ersten Male seit der am 22. August abgehaltenen Sonderberatung wieder zusammen. Hauptgegenstand der Besprechungen war der italienisch-äthiopische Konflikt. Die Politik, die bei dieser Gelegenheit von Großbritannien vertreten wurde, wurde von dem Kabinett in voller Gänze genehmigt. Ferner wurde der Text der britischen Antwort an Frankreich betreffend die britische Stellungnahme im Falle eines Angriffs in Europa geprüft. Die Antwort soll im geeigneten Augenblick an die französische Regierung abgeschickt und Ende der Woche veröffentlicht werden.

Allgemeine Mobilisierung

Addis Abeba. Die Regenzeit ist zu Ende. Schon seit zwei Tagen ist kein Regen mehr gefallen. Der Kaiser von Abessinien hat Dienstag den Befehl zur allgemeinen Mobilisierung erteilt. Dieser Befehl wird aber wahrscheinlich erst am Feiertage Maklata, der am Ende der Regenzeit begangen wird, oder aber ebenfalls nach diesem Feiertage kundgemacht werden.

Und was ist mit Hitler?

Paris. Der Berichterstatter des Wehrausschusses der Kammer, der radikalisierte Archimbaud, hielt eine Rede, in der er behauptete, daß die in Genf versammelten Delegationen sich dagegen ausdrückten, daß Italien den Völkerbundpakt verleihe. Gleichzeitig stellt aber Archimbaud die Frage, warum die gleichen Staaten, Deutschland die gewalttätige Verletzung des Versalles gestatten. Wir wissen, daß die deutsche Armee bald ebenso stark sein wird,

wie die französische Armee, daß das deutsche Kriegsmaterial täglich vervollständigt wird und daß das Rheingebiet keine entmilitarisierte Zone mehr ist. Der Völkerbund weiß dies und schweigt. England weiß dies und wartet ständig eine große Rede Sir Samuel Hoares über diese Angelegenheiten.

Italien droht dem Völkerbund

Genf. (Havas.) Einige Delegierte erwägen heute abends mit dem Vorsitzenden des Völkerbundes Dr. Venet die verschiedenen Prozeduren, unter denen der Völkerbundrat am Donnerstag zu wählen haben wird. Im italienischen Kommuniqué wurde nicht verhehlt, daß Italien seine Konsequenzen ziehen werde, wenn gewisse Artikel des Völkerbundespaktes angewendet werden würden. Man sieht darin die Drohung, daß Italien den Völkerbund verlassen wird, wenn der Völkerbundrat sich entschließen werde, Artikel 15 zu applizieren.

Musterung der Jahrgänge 1901—1914 in Italien

Rom. Die Beschlüsse des diensttägigen Ministerrates betreffen zum größten Teil militärische Verwaltungsgeschäfte, die mit der italienischen Expedition nach Ostafrika zusammenhängen. Die wichtigste Maßnahme bestimmt, daß alle Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1901 bis 1914, die bisher aus gesundheitlichen und anderen Gründen nicht ausgebildet worden waren, sich einer neuen Ausmusterung unterziehen müssen. Der Dienst in den nach Ostafrika entsandten Schwarzhemden Divisionen wird dem Dienst des regulären

Heeres gleichgestellt. Die höheren Offiziere der faschistischen Miliz erhalten den Rang von Reserveoffizieren der Armee. Die Mitglieder der Regierung und des Großen faschistischen Rates können Fliegeroffiziere in der Reserve werden.

Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial in USA

Washington. (Reuters.) Das nationale Kontrollamt für Munition hielt unter dem Vorsitz Gulls seine erste Sitzung ab und arbeitete ein Verzeichnis des Kriegsmaterials aus, das dem Ausfuhrverbot unterliegen soll. Dieses Verbot wird Roosevelt auf Grund des Neutralitätsgesetzes verkünden. Das Verzeichnis wurde genehmigt und wird Roosevelt vorgelegt werden.

Demonstrationen in Wien 150 Verhaftungen

Aus Wien wird dem Prager Tagblatt gemeldet, daß am Abend vor den Flugabwehrübungen, also Montag, in einigen Wiener Bezirken Demonstrationen, sowohl der Nationalsozialisten als auch der Sozialdemokraten und Kommunisten stattfanden, bei denen Flugzettel verteilt und gefleht wurden. Die Polizei, welche offenbar sehr spät von diesen Demonstrationen Kenntnis erhielt, nahm insgesamt 150 Personen inhaft. Angeblich soll auch ein Anschlag auf das Riefentrad, welches bei den Luftschonübungen als Beobachtungspunkt dienen sollte, vorbereitet gewesen sein, weshalb es die militärischen Führer des Mandvers vorzogen, das Kommando auf einen anderen Platz, der weniger gefährlich schien, zu verlegen.

Henleinpartei — angeprangert!

Abg. Dr. Köllner der Unwahrheit überführt!

Wie haltlos die Behauptungen von Funktionären der Sudetendeutschen Partei sind, wenn es sich um Anschuldigungen gegen unsere Partei handelt, wie unerschrocken die ersten „Amiswalter“ der Sudetendeutschen Partei sich benehmen und wie wenig man ihren Angaben Glauben schenken kann, geht aus dem nachstehenden Fall hervor, den wir hier vor der gesamten sudetendeutschen Öffentlichkeit anprangern.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei Dr. Köllner in seiner Rede die Behauptung aufgestellt, daß die Gemeinden im deutschen Gebiete, insbesondere die sozialdemokratisch beeinflussten, in der Verteilung der Ernährungsarten und der Arbeitslosenunterstützung überhaupt parteiisch vorgehen und daß insbesondere im Verteilungsapparat der Ernährungsarten die Konsumvereine besonders begünstigt sind. Genosse Lanza forderte vor dem gesamten Ausschuss den Abgeordneten Dr. Köllner sofort auf, er möge den Namen auch nur einer einzigen sudetendeutschen Gemeinde nennen, wo dies der Fall sei, worauf der Herr Dr. Köllner mit einigem Jögern den Namen Lanza nannte. Genosse Taub fragte ihn, welches Lanza er meine, worauf Köllner replizierte, Lanza im Bezirke Hallenau.

Wie sind nun dieser Anschuldigung des Abgeordneten Dr. Köllner gegen eine sudetendeutsche Gemeinde nachgegangen und legen unseren Lesern sowie allen anderen wahrheitsliebenden Menschen und schließlich allen jenen Sudetendeutschen, welche noch Sinn für Wahrheit und Recht haben, folgendes Dokument vor:

Bestätigung

Ueber Verlangen der Mitglieder der sozialen Gemeinde-Kommission wird hiemit wahrheitsgemäß bestätigt, daß die Ernährungsarten seitens der Gemeindefinanz-Kommission streng nach den Richtlinien des Ministeriums

für soziale Fürsorge in voller Unparteilichkeit ausgegeben werden. Es erhält jeder ohne Unterschied der Partei seine Lebensmittelkarten, insofern er von der sozialen Bezirkskommission bzw. von der Bezirksbehörde in Hallenau a. d. Eger als bezugsberechtigt anerkannt wurde.

Die Einführungen der Lebensmittelkarten bei den einzelnen Geschäftsläden und Konsumvereine steht in keiner Weise unter Einfluss der sozialen Gemeindefinanz-Kommission und steht es jedem Beteiligten frei, seine Karten dort einzulösen, wo er selber will.

Gemeindevater Lanza,

am 23. September 1935.

Der Gemeindevorsteher:

Stampfle.

Wenzel Hoffmann.

Damit ist klipp und klar festgestellt, daß in der Gemeinde Lanza bei der Verteilung der Ernährungsarten in voller Unparteilichkeit vorgegangen wird. Dieses Zeugnis der Gemeinde werden unsere Leser und auch die gesamte Öffentlichkeit erst in seinem vollen Werte erkennen, wenn wir erzählen,

daß der unterfertigte Gemeindevorsteher nicht etwa Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist, sondern daß er der Sudetendeutschen Partei nahesteht.

Er wird nun selbst sehen, wie leichtfertig die ihm nahestehende Partei Beschuldigungen erhebt. Wie es mit der Begünstigung des Konsumvereines steht, geht daraus hervor, daß von 420 der Gemeinde zur Verfügung gestellten Lebensmittelkarten 75, also nicht einmal der fünfte Teil im Konsumverein eingelöst wurden.

Herr Dr. Köllner, der diese Anschuldigung erhoben hat, ist damit vor der gesamten sudetendeutschen Öffentlichkeit gerichtet und mit ihm die Sudetendeutsche Partei, die er vertritt.

Labour-Party und Außenpolitik

Der angeblich bevorstehende Rücktritt George Lansburys und der schon vollzogene Rücktritt Lord Ponsonbys und des Sir Stafford Cripps von ihren Parteifunktionen in der Labour-Party bedeutet für die englische Arbeiterpartei zwar den Verzicht auf geschätzte Führer, unter denen der greise Lansbury, der Leiter der Opposition im Unterhaus und repräsentative Führer der Partei, besonders populär ist, — aber eine politische Krise bedeutet der Rücktritt dieser Männer nicht, die auch weiterhin Angehörige der Partei bleiben werden. Was Lansbury, Cripps und Ponsonby zu ihrem Rücktritt veranlaßt hat, war weniger ein politischer Konflikt mit der Mehrheit der Partei, die hinter den außenpolitischen Beschlüssen der Trade-Union, der englischen Gewerkschaften, steht, als ein Gewissenskonflikt. Das gilt insbesondere für Lansbury und den bisherigen Fraktionsführer im Oberhaus Lord Ponsonby, die in ihrer streng pazifistischen Gesinnung die Mitverantwortung an kriegerischen Maßnahmen ablehnen, die angesichts der Haltung Mussolinis im äthiopischen Konflikt von der englischen Regierung ergriffen werden könnten.

Der letzte Parteikonferenz der Labour-Party, der voriges Jahr in Southport abgehalten wurde, hat die Stellung der Partei zur Kriegsfrage gegen eine (von Lord Ponsonby geführte) streng pazifistische Minderheit dahin festgelegt, daß die Partei ein bewaffnetes Vorgehen nur dann dulden und billigen werde, wenn es vom Völkerbund beschloßen und als gemeinsame Maßnahme der Völkerbundsmächte eingeleitet werde. Dieser Beschluß war die Folgerung, die man aus der durch Mussolini und Hitler geschaffenen Lage zog — und aus dem Mißerfolg der Abrüstungspolitik, deren aufopferndster Vorkämpfer Arthur Henderson damals in Southport von dem Posten des Generalsekretärs der Labour-Party schied. Wenn jetzt, angesichts der Kriegsdrohung Mussolinis, der englische Gewerkschaftskonferenz in Margate sich für Völkerbundsanctionen gegen einen italienischen Angriff ausgesprochen hat (mit dem Zusatz: auch wenn diese Sanctionen einen Krieg zur Folge haben könnten), dann hat er damit nur die Konsequenz aus den Beschlüssen von Southport gezogen, — und es ist so gut wie sicher, daß auch die bevorstehende Jahreskonferenz der Partei dieselbe Stellung einnehmen wird. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Labour-Party angesichts der durch Mussolini geschaffenen Situation plötzlich einen neuen Kurs eingeschlagen hat. Und es hat auch keiner der hohen Parteifunktionäre, die jetzt ihre Ämter verlassen, einen solchen Vorwurf erhoben. Wenn Lansbury und Ponsonby die Verantwortung an den möglichen Folgen der anti-italienischen Sanctionen ablehnen, dann legen sie damit nur das persönliche Bekenntnis ihrer ethisch-religiösen Friedensgesinnung ab, die sie bis zuletzt hoffen ließ, der Friedenswille der Völker werde einen neuen Krieg nicht zulassen, — wobei sie die tragische Tatsache nicht deutlich genug erkannten, daß der Wille der Völker in den vom Faschismus eroberten Staaten gedemütigt ist und sich nicht äußern kann. Der Rücktritt Lansburys und Ponsonbys ist also mit dem vorjährigen Rücktritt Hendersons zu vergleichen; sie müssen sich einer Realität beugen, die sich — leider — stärker erweist als ihr gläubiger Friedenswille.

Um den Gewissenskonflikt, in den Lansbury, Ponsonby und Cripps geraten sind, ganz zu verstehen, muß man freilich noch die Tatsache berücksichtigen, daß die Labour-Party innerpolitisch in schärfster Opposition zur „nationalen“ Baldwin-Regierung steht und daß insbesondere Stafford Cripps, der Leiter der „Sozialistischen Liga“ (die den linken Flügel der Partei bildet), die Aufgabe der Opposition gegen die Außenpolitik der Regierung für bedeutsam hält. Das Mißtrauen gegen die herrschenden Konservativen äußert sich in der Befürchtung, daß die englische Regierung aus einem Abwehrkampf im Zeichen des Völkerbundes einen imperialistischen Kolonialkrieg machen könnte, — aber dieses Mißtrauen ist nicht auf den Kreis der Pazifisten und der Sozialistischen Liga beschränkt und wird die gesamte Labour-Party zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber den Maßnahmen der Regierung verpflichten, die ja mit dem von Sir Samuel Hoare

